

Streit um Islam: Mikl-Leitner kündigt drastische Maßnahmen an!

Niederösterreichs Landeshauptfrau Mikl-Leitner präzisiert umstrittene Aussagen über den politischen Islam nach Kritik von Muslimvertretungen.

Schloßhof, Österreich - In einem hitzigen Diskurs um die öffentliche Sicherheit und Integration in Österreich hat Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) am Montag eindringlich betont, dass „wirksame Maßnahmen“ gegen den radikalen Islam dringend erforderlich seien. Hintergrund sind ihre umstrittenen Äußerungen in einem TV-Interview, in dem sie konkret den „Kampf gegen den Islam“ erwähnte. Dies stieß auf scharfe Kritik, nur um anschließend in einer klarstellenden Erklärung den Fokus auf den politischen Islam zu lenken. „Es geht gegen jene, die Religion für politische Zwecke missbrauchen“, erklärte Mikl-Leitner gegenüber der Nachrichtenagentur Kathpress und fügte hinzu, dass „härtere Strafen“ für integrationsunwillige Eltern gefordert werden müssen.

In einer weiteren Entwicklung kündigte Mikl-Leitner zusammen mit ihrem Stellvertreter Udo Landbauer (FPÖ) einen Aktionsplan gegen den radikalen Islam an, um dem wachsenden Problem in Österreich systematisch entgegenzuwirken. Laut Landbauer sei der politische Islam die „größte Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit“. Analysen zu den Problemfeldern werden mit Experten, darunter dem Soziologen Kenan Güngör, durchgeführt. Um das Vorhaben voranzutreiben, werde eine Beratungs- und Beobachtungsstelle eingerichtet. „Es braucht ganz klare Antworten“, so Mikl-Leitner. Für die Schaffung eines

Nulldefizits bis 2030 und die Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz wurden zusätzliche Maßnahmen und eine umfassende Budgetanalyse angekündigt, wie [nachrichten.at](http://www.nachrichten.at) berichtete.

Die Reaktion auf Mikl-Leitners Äußerungen war vielfältig. Ümit Vural, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), verlangte eine „unmissverständliche Richtigstellung“ und warnte davor, dass solche Formulierungen Muslime in Österreich gefährden könnten. Unterdessen äußerte die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) Solidarität mit den Muslimen und betonte die Notwendigkeit eines respektvollen Zusammenlebens aller Religionsgemeinschaften. Diese Äußerungen stellen einen grundlegenden Aspekt des interreligiösen Dialogs in Österreich dar, der von der KAÖ weiterhin gefordert wird. Der Fokus auf den „politischen Islam“ verdeutlicht die Komplexität der politischen Diskussion und die Dringlichkeit für klare Maßnahmen, um sicherzustellen, dass keine Religion pauschal unter Druck gesetzt wird, wie auch [kathpress.at](http://www.kathpress.at) betont.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Schloßhof, Österreich
Schaden in €	100000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kathpress.at• www.nachrichten.at

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://www.die-nachrichten.at)